

Berlin, den 5. Juni 2024

Aktueller Stand zum kriminellen Teil des Berliner Mietwagengewerbe

Nach einer Anhörung im Ausschuss für Mobilität und Verkehr im Februar, wurden die Machenschaften des kriminellen Teils des Mietwagengewerbes in Berlin am Montag auch im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses thematisiert. Im Rahmen eines eigenen Besprechungspunktes nahmen hierzu auch die Staatssekretärin Britta Behrendt (Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt) und Staatssekretär Christian Hochgrebe (Senatsverwaltung für Inneres und Sport) sowie die Direktorin des Landesamtes für Bürger- und Ordnungsdienste (LABO), Kirsten Dreher, Stellung zu den kritischen Fragen der Abgeordneten. Und von denen gab es reichlich, denn bereits seit längerem sieht sich das LABO mit dem Vorwurf konfrontiert zu freigeibig mit Konzessionen zu sein und es dabei mit den festgeschriebenen Standards nicht so genau zu nehmen.

Auch deshalb haben die app-basierten Plattformen Uber, Bolt und Freenow, über welche die Aufträge an die Mietwagenunternehmen vermittelt werden, Mitte August eine Rahmenvereinbarung zur besseren Zusammenarbeit mit dem LABO geschlossen. Leider sehr unglücklich und stümperhaft, weshalb das Papier mehrfach nachgebessert werden musste – zuletzt im März dieses Jahres. Darin wurde die Datenübermittlung an das LABO mit Stichtag zum 1. April vereinbart. Daraufhin haben einige Vermittlungsplattformen erhebliche Anstrengungen unternommen, zweifelhaften Mietwagenunternehmen eine elegante Exit-Strategie bis zum 31. März zu ermöglichen. Damit die Mietwagenunternehmen ohne Konsequenzen aussteigen konnten, wurde sie unter anderem von „Bolt“ vorab über die Datenübermittlung informiert und um Zustimmung zur Übermittlung an das LABO gebeten. Statt sich den Datensatz mit Stand vom 14. März übermitteln zu lassen, ließ das LABO für die unsauberen Unternehmen bis zum 31. März fahrlässig die Hintertür offenstehen. Darauf habe ich rechtzeitig hingewiesen – ohne Konsequenz. Auf die Frage, wie man nun an die „verlorenen Daten“ aus dem Zweitfenster zwischen dem 14. und 31. März kommen will, konnte im Innenausschuss am 3. Juni auch trotz vierfacher (!) Nachfrage keine befriedigende Antwort gegeben werden. Vielmehr erhielten die Abgeordneten, entgegen ihres parlamentarischen Auskunftsrechts, die Information des Senats, dass hierauf auch das LABO nicht antworten werden. Hierzu habe ich bei der zuständigen Senatorin eine entsprechende Akteneinsicht erbeten.

Als verkehrspolitischer Sprecher weise ich bereits seit Jahren auf die inhaltliche und fachliche Überforderung des LABO hin und auch darauf, dass diese ursächlich dafür ist, dass sich im Berliner Mietwagengewerbe ein krimineller Sumpf entwickeln konnte. Wenngleich die Ursachen für die Entwicklung in der Zeit zu finden sind, in der die Verkehrsverwaltung grün (und hinsichtlich dieses Themas auffallend desinteressiert) geführt wurde, habe ich auch mehrfach die heute für die Fach- und Dienstaufsicht zuständigen Senatsverwaltungen über die bestehenden Probleme in Kenntnis gesetzt und zum Handeln aufgefordert. Ziel muss es sein diesen kriminellen Sumpf schnellstmöglich trocken zu legen und dabei muss klar sein, dass man die Frösche darin nicht nach dem „Wie?“ zu fragen braucht.

Die Arbeit der eingerichteten Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitenden der Senatsverwaltungen (immerhin mit fünf Staatssekretär:innen), des LABO, der Polizei und des Zolls sowie des Jobcenters nehme ich wahr. Gleichwohl arbeitet das LABO scheinbar beratungsresistent weiter wie bisher und konnte auch im Innenausschuss Fragen nach konkreten und effektiven Veränderungen im Konzessionierungsverfahren nicht zufriedenstellend beantworten. Eines der zentralen Kriterien im Verfahren ist die Prüfung der Wirtschaftlichkeit. In diesem Zusammenhang unterstrich selbst Alexander Mönch, immerhin Geschäftsführer von Freenow für Deutschland und Österreich, bei der Anhörung des Ausschusses für Mobilität und Verkehr im Februar deutlich, dass das Geschäft des plattformvermittelten Mietwagenverkehrs langfristig legal nicht wirtschaftlich zu betreiben sei. Das Hauptzollamt bestätigte dies in der Anhörung.

PRESSESTATEMENT

Tino Schopf, MdA

Wie kann es also sein, dass in Berlin nach wie vor Konzessionen durch das LABO vergeben werden?

Meine Akteneinsichten beim LABO im letzten Jahr haben gravierende Mängel bei der Antragsbearbeitung aufgezeigt. Das bestätigte kürzlich auch ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Berlin in dem festgestellt wurde, dass im verhandelten Fall eine Konzession zur Personenbeförderung auf Grundlage der vorgelegten Dokumente niemals hätte erteilt werden dürfen. Selbst Versicherer kommen immer häufiger zu dieser Einschätzung und lehnen es ab, die nötigen Versicherungen mit den Mietwagenunternehmen abzuschließen, weil sie Sorge haben, dass diese die erforderlichen monatlichen Versicherungsprämien nicht zahlen können. Wem fehlt hier der realistische Blick auf die Dinge und wie kann es sein, dass trotz all dieser Erkenntnisse beim LABO der Status quo beibehalten wird?

In der ohnehin angespannten Situation zeichnet sich nun ein zusätzlicher Trend ab: Auch die 14 Landkreise und vier kreisfreien Städte in Brandenburg erteilen Konzessionen für das Mietwagengewerbe. Nachdem die Zügel in Berlin straffer gezogen wurden, ist dort, wo sich die Behörden bisher vornehmlich mit Genehmigungen für Taxis und Krankenfahrten beschäftigen, nun eine Verlagerung Berliner Mietwagenunternehmen ins Umland zu verzeichnen. Seit dem 1. April 2024 ist bei Neuanmeldungen zwar ein Abgleich der Daten mit dem LABO (und umgekehrt) vereinbart, jedoch führt die Verlagerung nach Brandenburg faktisch zu einer Zersplitterung und Verteilung auf viele verschiedene Behörden. Dass dies zu einer Verbesserung im Genehmigungsverfahren führt, daran habe ich aufgrund der Erfahrungen in Berlin berechnete Zweifel. Bei aller Anerkennung für die Brandenburger Ordnungsbehörden: Warum sollten 18 Brandenburger „LABOs“ gründlicher und zuverlässiger arbeiten als das eine LABO in Berlin?

Dass sich der kriminelle Teil darauf beschränkt, lediglich in Brandenburg Fahrten durchzuführen, auch daran will nach den Erfahrungen aus Berlin doch niemand mehr ernsthaft glauben. Und es entspricht auch heute nicht der Realität. Auch deshalb sind vielzählige und breite Kontrolleinsätze im Mietwagengewerbe unumgänglich. Die 24 Kontrollen, die im Jahr 2023 in Berlin durchgeführt wurden, sind nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Hier muss mehr, flächendeckend und mit den nötigen Konsequenzen kontrolliert werden. Darüber hinaus braucht es einen Abgleich der Bestandsdaten zwischen Berlin und Brandenburg.

Zweimal habe ich 2023 Einsicht in die Akten des LABO genommen und mir dabei die Genehmigungsverfahren von 38 Unternehmen angesehen und stieß dabei auf Ungereimtheiten und Mängel im Antragsverfahren. Aus diesem Grund sind aus meiner Sicht auch alle in Berlin bestehenden Konzessionen auf den Prüfstand zu heben und dabei grundlegende Fragen zu beantworten: Lagen im Verfahren alle erforderlichen Unterlagen vor? Sind die vorgeschriebenen Stellplätze vorhanden und wurde dies überprüft? Wurde eine Betriebsleitung angegeben und wurde diese angemessenen vergütet? (Überprüfungen ergaben Fälle, in denen diese mit lediglich 980 Euro entlohnt wurden.) Haben alle Unternehmen ein halbes Jahr nach Erteilung der Konzession unaufgefordert die zu diesem Zeitpunkt erforderlichen Unterlagen vorgelegt? (Die Akteneinsicht ergab, dass das LABO nicht weiß, welches Unternehmen zu welchem Zeitpunkt dieser Pflicht nachkommen muss.) Es ist in keinsten Weise nachvollziehbar, wie sich die Verkehrsverwaltung damit zufriedengeben kann, dass das LABO als zuständige Behörde diese Fragen nicht im Ansatz beantworten kann.

Einmal mehr bleiben nach Anhörungen, nach Ausschussbesprechungen, nach Gesprächen und viel beschriebenem Papier viele Fragen offen. Der kriminelle Sumpf im Berliner Mietwagengewerbe wird uns noch viele weitere Wochen und Monate beschäftigen. Es geht jetzt um Gründlichkeit in der Aufarbeitung und – auch das gehört zur Wahrheit dazu – den Willen hierzu.

Bei Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

PRESSESTATEMENT

Tino Schopf, MdA

Tino Schopf (SPD)

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin
für Prenzlauer Berg Ost und Weißensee

Sprecher für Mobilität und Verkehr

Bürgerbüro Tino Schopf

Bernhard-Lichtenberg-Straße 23a, 10407 Berlin
Büro: 030 / 92 15 25 26

Abgeordnetenhaus von Berlin

SPD-Fraktion

Tino Schopf, MdA

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin

E-Mail: tino.schopf@spd.parlament-berlin.de

Webseite: www.tino-schopf.de

Facebook: www.facebook.com/tinoschopfspd